

# Wenig Daten zur finanziellen Situation bei Rentnern

**Armut** Weil es offenbar keine ausreichende Datenbasis gibt, sind Massnahmen beim Thema Altersarmut Mangelware.

Der parteifreie Johannes Kaiser hatte eine Interpellation eingebracht, die sich mit dem Problem der Altersarmut beschäftigt. Die relative Armut werde akut, wenn ein Ehepartner stirbt, eine AHV-Rente wegfällt und gleichzeitig die Leistungen der Pensionskasse wesentlich geringer ausfallen. Bei den Renten aus der Pensionskasse gibt es im Gegensatz zu den AHV-Renten kein Splitting der Rentenansprüche, nur bei einer Scheidung werden die während der Ehe erworbenen Ansprüche aufgeteilt.

## **Freie Liste: Im Juni will sie höheren OKP-Beitrag**

Gestern wurden die Antworten von Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini auf die aufgeworfenen Fragen im Landtag diskutiert. Wobei er bereits in der Beantwortung die Schwäche der Datenbasis betonte. So konnten nur die Steuerdaten hergezogen werden, wel-

che aber mit Vorsicht zu geniessen seien.

Der Interpellant fand Gefallen an der Beantwortung, trotz der schwachen Datenlage. Andere Abgeordnete sahen dies aber etwas anders. Für Thomas Lageder (FL) erschloss sich «nicht so viel» zur finanziellen Lage der AHV-Rentner. Trotz der mangelhaften Datenbasis hatte Lageder aber Rezepte gegen Altersarmut im Gepäck. Eines davon ist eine massive Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags. Diesen werde die Freie Liste – fast schon traditionell, wie es Lageder selbst nannte – auch im Juni-Landtag wieder beantragen.

## **Fehlende Daten als politisches Kalkül**

Violanda Lanter (VU) ging es ähnlich. Ihr Fazit nach zwei Interpellationen zu dem Thema: Es gibt keine Datengrundlage, also gibt es keinen Indikator für Altersar-

mut, ergo braucht es keine Massnahmen. «Ich frage mich, weshalb die Regierung an diesem <Nichtwissen> und der <Nichtbelegbarkeit> festhalten will.» Lanter hält es für angezeigt, dass die Regierung nun den dritten Armutsbericht in Angriff nimmt. Die Altersarmut sei nur ein Teilaspekt. «Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, über sozioökonomische Entwicklungen informiert zu werden – nicht nur in Form von schwer zugänglichen und interpretationsbedürftigen Daten, sondern in Form von verständlichen Analysen und Schlussfolgerungen.»

Das wollte Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini nicht auf sich sitzen lassen. Es entstehe der Eindruck, dass sein Ministerium keine Fakten zusammentrage. Das sei schlicht falsch. Man scheue keinen Aufwand, doch bei diesem Thema sei es schlicht schwierig. (ags)